

**De :** Michel PERRIN  
**À :** astrid.willisch@brig-glis.ch; bu.irene@bluewin.ch; kesb-stalden-saas@e...  
**CC :** doris.vogel@kanzlei-vogel.ch  
**Date :** Lundi 16 Décembre 2013 10 34  
**Objet :** Gemeinsame elterliche Sorge  
**Pièces jointes :** 201312121643\_1.pdf; 201312121643\_2.pdf

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrter Herr Präsident

1. Die Bundesversammlung hat die Änderung des Kapitels „Elterliche Sorge“ des Zivilgesetzbuches (ZGB) am 21. Juni 2013 angenommen. Die Änderung des ZGB stellt den Grundsatz der gemeinsamen elterlichen Sorge auf. In der Beilage erhalten Sie die Änderung vom 21. Juni 2013 des ZGB und den Verweis auf die Botschaft des Bundesrates in dieser Sache (Fussnote 1: BBl 2011 9077)

2. Die Kompetenzen der Schutzbehörde in dieser Angelegenheit werden in den folgenden Artikeln des revidierten ZGB (nZGB) aufgeführt:

- Artikel 134 Absatz 3 und 4
- Artikel 296 Absatz 3
- Artikel 297 Absatz 2
- Artikel 298 Absatz 3
- Artikel 298a Absatz 3, 4
- Artikel 298b Absatz 1, 2, 3, 4
- Artikel 298d Absatz 1
- Artikel 301a Absatz 2, 5
- Artikel 308 Absatz 1
- Artikel 311 Absatz 1

3. Wir informieren Sie über die Mitteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 29. November 2013, gemäss welchem die Änderung des Kapitels „Gemeinsame elterliche Sorge“ des ZGB am 1. Juli 2014 in Kraft tritt (Beilage 2).

4. Gemäss Informationen der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) wird das Eidgenössische Justizdepartement den KESB im Laufe des ersten Trimesters 2014 zusätzliche Informationen zukommen lassen. Es könnte ein Informationstag organisiert werden, dessen Daten und Örtlichkeiten bis anhin aber noch nicht bekannt sind.

Das Studium des nZGB und der Botschaft erlaubt Ihnen, sich bereits mit der Materie vertraut zu machen.

5. Der Kanton wird eine Anpassung des Artikels 112 Absatz 1 Buchstabe c und e und Absatz 3 Buchstabe c EGZGB vornehmen.

Mit freundlichen Grüssen

Michel Perrin  
Chef des Rechtsdienstes  
für Sicherheit und Justiz  
Avenue de la Gare 39  
1950 Sitten

## Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Elterliche Sorge)

### Änderung vom 21. Juni 2013

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 16. November 2011<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

#### I

Der erste Teil des Zivilgesetzbuches<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 25 Abs. 1*

*Betrifft nur den französischen Text.*

Der zweite Teil des Zivilgesetzbuches<sup>3</sup> wird wie folgt geändert:

#### *Art. 133*

F. Kinder  
I. Elternrechte  
und -pflichten

<sup>1</sup> Das Gericht regelt die Elternrechte und -pflichten nach den Bestimmungen über die Wirkungen des Kindesverhältnisses. Insbesondere regelt es:

1. die elterliche Sorge;
2. die Obhut;
3. den persönlichen Verkehr (Art. 273) oder die Betreuungsanteile; und
4. den Unterhaltsbeitrag.

<sup>2</sup> Es beachtet alle für das Kindeswohl wichtigen Umstände. Es berücksichtigt einen gemeinsamen Antrag der Eltern und, soweit tunlich, die Meinung des Kindes.

<sup>3</sup> Es kann den Unterhaltsbeitrag über den Eintritt der Volljährigkeit hinaus festlegen.

<sup>1</sup> BBl 2011 9077

<sup>2</sup> SR 210

<sup>3</sup> SR 210

*Art. 134 Abs. 2–4*

<sup>2</sup> Die Voraussetzungen für eine Änderung der übrigen Elternrechte und -pflichten richten sich nach den Bestimmungen über die Wirkungen des Kindesverhältnisses.

<sup>3</sup> Sind sich die Eltern einig, so ist die Kindesschutzbehörde für die Neuregelung der elterlichen Sorge, der Obhut und die Genehmigung eines Unterhaltsvertrages zuständig. In den übrigen Fällen entscheidet das für die Abänderung des Scheidungsurteils zuständige Gericht.

<sup>4</sup> Hat das Gericht über die Änderung der elterlichen Sorge, der Obhut oder des Unterhaltsbeitrages für das minderjährige Kind zu befinden, so regelt es nötigenfalls auch den persönlichen Verkehr oder die Betreuungsanteile neu; in den andern Fällen entscheidet die Kindesschutzbehörde über die Änderung des persönlichen Verkehrs oder der Betreuungsanteile.

*Art. 179 Randtitel und Abs. 1*

6. Änderung der  
Verhältnisse

<sup>1</sup> Ändern sich die Verhältnisse, so passt das Gericht auf Begehren eines Ehegatten die Massnahmen an oder hebt sie auf, wenn ihr Grund weggefallen ist. Die Bestimmungen über die Änderung der Verhältnisse bei Scheidung gelten sinngemäss.

*Art. 270a*

II. Kind unver-  
heirateter Eltern

<sup>1</sup> Steht die elterliche Sorge einem Elternteil zu, so erhält das Kind dessen Ledignamen. Steht die elterliche Sorge den Eltern gemeinsam zu, so bestimmen sie, welchen ihrer Ledignamen ihre Kinder tragen sollen.

<sup>2</sup> Wird die gemeinsame elterliche Sorge nach der Geburt des ersten Kindes begründet, so können die Eltern innerhalb eines Jahres seit deren Begründung gegenüber der Zivilstandbeamtin oder dem Zivilstandbeamten erklären, dass das Kind den Ledignamen des anderen Elternteils trägt. Diese Erklärung gilt für alle gemeinsamen Kinder, unabhängig von der Zuteilung der elterlichen Sorge.

<sup>3</sup> Steht die elterliche Sorge keinem Elternteil zu, so erhält das Kind den Ledignamen der Mutter.

<sup>4</sup> Änderungen bei der Zuteilung der elterlichen Sorge bleiben ohne Auswirkungen auf den Namen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Namensänderung.

*Art. 275 Abs. 2*

<sup>2</sup> Regelt das Gericht nach den Bestimmungen über die Ehescheidung und den Schutz der ehelichen Gemeinschaft die elterliche Sorge, die Obhut oder den Unterhaltsbeitrag, so regelt es auch den persönlichen Verkehr.

*Art. 296*

A. Grundsätze

<sup>1</sup> Die elterliche Sorge dient dem Wohl des Kindes.

<sup>2</sup> Die Kinder stehen, solange sie minderjährig sind, unter der gemeinsamen elterlichen Sorge von Vater und Mutter.

<sup>3</sup> Minderjährigen Eltern sowie Eltern unter umfassender Beistandschaft steht keine elterliche Sorge zu. Werden die Eltern volljährig, so kommt ihnen die elterliche Sorge zu. Wird die umfassende Beistandschaft aufgehoben, so entscheidet die Kindesschutzbehörde entsprechend dem Kindeswohl über die Zuteilung der elterlichen Sorge.

*Art. 297*

Abis. Tod eines Elternteils

<sup>1</sup> Üben die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam aus und stirbt ein Elternteil, so steht die elterliche Sorge dem überlebenden Elternteil zu.

<sup>2</sup> Stirbt der Elternteil, dem die elterliche Sorge allein zustand, so überträgt die Kindesschutzbehörde die elterliche Sorge auf den überlebenden Elternteil oder bestellt dem Kind einen Vormund, je nachdem, was zur Wahrung des Kindeswohls besser geeignet ist.

*Art. 298*

Ater. Scheidung und andere eherechtliche Verfahren

<sup>1</sup> In einem Scheidungs- oder Eheschutzverfahren überträgt das Gericht einem Elternteil die alleinige elterliche Sorge, wenn dies zur Wahrung des Kindeswohls nötig ist.

<sup>2</sup> Es kann sich auch auf eine Regelung der Obhut, des persönlichen Verkehrs oder der Betreuungsanteile beschränken, wenn keine Aussicht besteht, dass sich die Eltern diesbezüglich einigen.

<sup>3</sup> Es fordert die Kindesschutzbehörde auf, dem Kind einen Vormund zu bestellen, wenn weder die Mutter noch der Vater für die Übernahme der elterlichen Sorge in Frage kommt.

*Art. 298a*

Aquater. Anerkennung und Vaterschaftsurteil  
I. Gemeinsame Erklärung der Eltern

<sup>1</sup> Sind die Eltern nicht miteinander verheiratet und anerkennt der Vater das Kind oder wird das Kindesverhältnis durch Urteil festgestellt und die gemeinsame elterliche Sorge nicht bereits im Zeitpunkt des Urteils verfügt, so kommt die gemeinsame elterliche Sorge aufgrund einer gemeinsamen Erklärung der Eltern zustande.

<sup>2</sup> In der Erklärung bestätigen die Eltern, dass sie:

1. bereit sind, gemeinsam die Verantwortung für das Kind zu übernehmen; und
2. sich über die Obhut und den persönlichen Verkehr oder die Betreuungsanteile sowie über den Unterhaltsbeitrag für das Kind verständigt haben.

<sup>3</sup> Vor der Abgabe der Erklärung können sich die Eltern von der Kindesschutzbehörde beraten lassen.

<sup>4</sup> Geben die Eltern die Erklärung zusammen mit der Anerkennung ab, so richten sie sie an das Zivilstandsamt. Eine spätere Erklärung haben sie an die Kindesschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes zu richten.

<sup>5</sup> Bis die Erklärung vorliegt, steht die elterliche Sorge allein der Mutter zu.

*Art. 298b*

II. Entscheid der Kindesschutzbehörde

<sup>1</sup> Weigert sich ein Elternteil, die Erklärung über die gemeinsame elterliche Sorge abzugeben, so kann der andere Elternteil die Kindesschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes anrufen.

<sup>2</sup> Die Kindesschutzbehörde verfügt die gemeinsame elterliche Sorge, sofern nicht zur Wahrung des Kindeswohls an der alleinigen elterlichen Sorge der Mutter festzuhalten oder die alleinige elterliche Sorge dem Vater zu übertragen ist.

<sup>3</sup> Zusammen mit dem Entscheid über die elterliche Sorge regelt die Kindesschutzbehörde die übrigen strittigen Punkte. Vorbehalten bleibt die Klage auf Leistung des Unterhalts.

<sup>4</sup> Ist die Mutter minderjährig oder steht sie unter umfassender Beistandschaft, so weist die Kindesschutzbehörde die elterliche Sorge dem Vater zu oder bestellt dem Kind einen Vormund, je nachdem, was zur Wahrung des Kindeswohls besser geeignet ist.

*Art. 298c*

III: Vaterschaftsklage

Heisst das Gericht eine Vaterschaftsklage gut, so verfügt es die gemeinsame elterliche Sorge, sofern nicht zur Wahrung des Kindeswohls an der alleinigen elterlichen Sorge der Mutter festzuhalten oder die alleinige elterliche Sorge dem Vater zu übertragen ist.

*Art. 298d*

IV. Veränderung der Verhältnisse

<sup>1</sup> Auf Begehren eines Elternteils, des Kindes oder von Amtes wegen regelt die Kindesschutzbehörde die Zuteilung der elterlichen Sorge neu, wenn dies wegen wesentlicher Änderung der Verhältnisse zur Wahrung des Kindeswohls nötig ist.

<sup>2</sup> Sie kann sich auf die Regelung der Obhut, des persönlichen Verkehrs oder der Betreuungsanteile beschränken.

*Art. 299 Randtitel*

Aquinques,  
Stiefeltern

*Art. 300 Randtitel*

Asexies. Pflege-  
eltern

*Art. 301 Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Der Elternteil, der das Kind betreut, kann allein entscheiden, wenn:

1. die Angelegenheit alltäglich oder dringlich ist;
2. der andere Elternteil nicht mit vernünftigem Aufwand zu erreichen ist.

*Art. 301a*

II. Bestimmung  
des Aufenthalts-  
ortes

<sup>1</sup> Die elterliche Sorge schliesst das Recht ein, den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen.

<sup>2</sup> Üben die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam aus und will ein Elternteil den Aufenthaltsort des Kindes wechseln, so bedarf dies der Zustimmung des andern Elternteils oder der Entscheidung des Gerichts oder der Kindesschutzbehörde, wenn:

- a. der neue Aufenthaltsort im Ausland liegt; oder
- b. der Wechsel des Aufenthaltsortes erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge und den persönlichen Verkehr durch den andern Elternteil hat.

<sup>3</sup> Übt ein Elternteil die elterliche Sorge allein aus und will er den Aufenthaltsort des Kindes wechseln, so muss er den anderen Elternteil rechtzeitig darüber informieren.

<sup>4</sup> Dieselbe Informationspflicht hat ein Elternteil, der seinen eigenen Wohnsitz wechseln will.

<sup>5</sup> Soweit dies erforderlich ist, verständigen sich die Eltern unter Wahrung des Kindeswohls über eine Anpassung der Regelung der elterlichen Sorge, der Obhut, des persönlichen Verkehrs und des Unterhaltsbeitrages. Können sie sich nicht einigen, entscheidet das Gericht oder die Kindesschutzbehörde.

*Art. 302 Randtitel*

III. Erziehung

*Art. 303 Randtitel*

IV. Religiöse  
Erziehung

*Art. 304 Randtitel*

V. Vertretung  
1. Dritten  
gegenüber  
a. Im Allgemein-  
nen

*Art. 308 Randtitel, Abs. 1 und 2*

II. Beistand-  
schaft

<sup>1</sup> *Betrifft nur den französischen Text*

<sup>2</sup> Sie kann dem Beistand besondere Befugnisse übertragen, namentlich die Vertretung des Kindes bei der Feststellung der Vaterschaft, bei der Wahrung seines Unterhaltsanspruches und anderer Rechte und die Überwachung des persönlichen Verkehrs.

*Art. 309*

*Aufgehoben*

*Art. 310 Randtitel*

III. Aufhebung  
des Aufenthalts-  
bestimmungs-  
rechts

*Art. 311 Abs. 1 Ziff. 1*

<sup>1</sup> Sind andere Kindesschutzmassnahmen erfolglos geblieben oder erscheinen sie von vornherein als ungenügend, so entzieht die Kindeschutzbehörde die elterliche Sorge:

1. wenn die Eltern wegen Unerfahrenheit, Krankheit, Gebrechen, Abwesenheit, Gewalttätigkeit oder ähnlichen Gründen ausserstande sind, die elterliche Sorge pflichtgemäss auszuüben;

**Schlusstitel:**

**Anwendungs- und Einführungsbestimmungen**

**Erster Abschnitt:**

**Die Anwendung bisherigen und neuen Rechts**

*Art. 12 Abs. 4 und 5*

<sup>4</sup> Steht bei Inkrafttreten der Änderung vom 21. Juni 2013 die elterliche Sorge nur einem Elternteil zu, so kann sich der andere Elternteil binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten dieser Änderung mit dem Antrag auf Verfügung der gemeinsamen elterlichen Sorge an die zuständige Behörde wenden. Artikel 298*b* findet sinngemäss Anwendung.

<sup>5</sup> Der Elternteil, dem bei einer Scheidung die elterliche Sorge entzogen wurde, kann sich nur dann allein an das zuständige Gericht wenden, wenn die Scheidung im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 21. Juni 2013 weniger als fünf Jahre zurückliegt.

## II

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

## III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 21. Juni 2013

Die Präsidentin: Maya Graf  
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 21. Juni 2013

Der Präsident: Filippo Lombardi  
Der Sekretär: Philippe Schwab

Datum der Veröffentlichung: 2. Juli 2013<sup>4</sup>

Ablauf der Referendumsfrist: 10. Oktober 2013

## **Änderung bisherigen Rechts**

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

### **1. Bundesgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005<sup>5</sup>**

*Art. 100 Abs. 2 Bst. c*

<sup>2</sup> Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage:

- c. bei Entscheiden über die Rückgabe eines Kindes nach dem Europäischen Übereinkommen vom 20. Mai 1980<sup>6</sup> über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts oder nach dem Übereinkommen vom 25. Oktober 1980<sup>7</sup> über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung.

### **2. Zivilprozessordnung<sup>8</sup>**

*Art. 299 Abs. 2 Bst. a und c Ziff. 1, 300 Bst. a und 301 Bst. c*

*Betrifft nur den französischen Text.*

### **3. Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987<sup>9</sup> über das Internationale Privatrecht**

*Art. 63 Abs. 1*

<sup>1</sup> Die für Klagen auf Scheidung oder Trennung zuständigen schweizerischen Gerichte sind auch für die Regelung der Nebenfolgen zuständig. Die Bestimmungen dieses Gesetzes über den Minderjährigenschutz (Art. 85) bleiben vorbehalten.

*Art. 85 Abs. 4*

*Betrifft nur den französischen und den italienischen Text.*

<sup>5</sup> SR 173.110  
<sup>6</sup> SR 0.211.230.01  
<sup>7</sup> SR 0.211.230.02  
<sup>8</sup> SR 272  
<sup>9</sup> SR 291

#### 4. Schweizerisches Strafbuch<sup>10</sup>

*Art. 220*

Entziehen von  
Minderjährigen

Wer eine minderjährige Person dem Inhaber des Rechts zur Bestimmung des Aufenthaltsortes entzieht oder sich weigert, sie ihm zurückzugeben, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

<sup>10</sup> SR 311.0



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

---

## Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft

### Gemeinsame elterliche Sorge ab 1. Juli 2014

**Bern, 29.11.2013 - Die gemeinsame elterliche Sorge wird ab 1. Juli 2014 zur Regel werden. Der Bundesrat hat am Freitag entschieden, die neuen Bestimmungen des Zivilgesetzbuches (ZGB) auf diesen Zeitpunkt in Kraft zu setzen. In einem zweiten Schritt wird er die erforderlichen Anpassungen in den Ausführungsverordnungen verabschieden.**

Am 21. Juni 2013 wurde die Änderung des ZGB in der Schlussabstimmung des Parlaments angenommen, und am 10. Oktober 2013 lief die Referendumsfrist ungenutzt ab. Im Herbst ersuchten einige Verbände, Organisationen und Kantone den Bundesrat, die neue Regelung frühestens per 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen. Sie wiesen darauf hin, dass die Anwendung des revidierten Kindes- und Erwachsenenschutzrechts zu einer Überlastung der neu geschaffenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) geführt habe. Sollte die gemeinsame elterliche Sorge schon im Jahr 2014 in Kraft treten, könnten sich die KESB nicht mit der erforderlichen Sorgfalt auf die neue Rechtslage vorbereiten.

Der Bundesrat nimmt die geltend gemachten organisatorischen Schwierigkeiten ernst. Er muss aber auch den klaren Auftrag des Parlaments berücksichtigen, die Vorlage umgehend umzusetzen, damit die gemeinsame elterliche Sorge rasch zur Regel wird. Zudem schliesst jede Verschiebung eine zusätzliche Anzahl geschiedener Väter aus, da die Rückwirkung des neuen Rechts auf Scheidungen beschränkt ist, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens weniger als fünf Jahre zurückliegen.

Im Sinne einer Kompromisslösung hat der Bundesrat die neue gesetzliche Regelung nun auf den 1. Juli 2014 in Kraft gesetzt. In einem zweiten Schritt wird er Anfang 2014 die zu ändernden Verordnungen verabschieden und auf den 1. Juli 2014 in Kraft setzen. Die Änderung des ZGB erfordert eine Anpassung der Zivilstandsverordnung (ZStV), der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV) sowie der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV).

---

#### Adresse für Rückfragen:

David Rüetschi, Bundesamt für Justiz BJ, +41 31 322 44 18

---

#### Herausgeber:

Der Bundesrat

Internet: <http://www.bundesrat.admin.ch><sup>(1)</sup>

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Internet: <http://www.ejpd.admin.ch><sup>(2)</sup>

Bundesamt für Justiz

Internet: <http://www.bj.admin.ch><sup>(3)</sup>

#### Alle Links dieser Seite(n)

1. <http://www.bundesrat.admin.ch/>
2. <http://www.ejpd.admin.ch>
3. <http://www.bj.admin.ch>

---

Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
[Kontakt](#) | [Rechtliche Grundlagen](#)

<http://www.admin.ch/aktuell/00089/index.html?lang=de>